

Leipziger Tageblatt

und
Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

115. Jahrgang

Bezugspreis: Für Leipzig und Umkreis jährlich 120 Mark, halbjährlich 60 Mark, vierteljährlich 30 Mark. Für den Ausland bezug 150 Mark jährlich, 75 Mark halbjährlich, 37,50 Mark vierteljährlich. Postzusatz 10 Mark jährlich, 5 Mark halbjährlich, 2,50 Mark vierteljährlich. Einzelhefte 1 Mark. Für den Ausland bezug 180 Mark jährlich, 90 Mark halbjährlich, 45 Mark vierteljährlich. Postzusatz 15 Mark jährlich, 7,50 Mark halbjährlich, 3,75 Mark vierteljährlich. Einzelhefte 1,50 Mark. Für den Ausland bezug 210 Mark jährlich, 105 Mark halbjährlich, 52,50 Mark vierteljährlich. Postzusatz 18 Mark jährlich, 9 Mark halbjährlich, 4,50 Mark vierteljährlich. Einzelhefte 1,80 Mark.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Reichs und des Landes sowie die amtlichen Nachrichten des Reichsgerichts Leipzig, sowie verschiedene andere Nachrichten.

Anzeigenpreis: Für Leipzig und Umkreis 10 Mark pro Zeile pro Tag, für den Ausland 15 Mark pro Zeile pro Tag. Für den Ausland bezug 180 Mark jährlich, 90 Mark halbjährlich, 45 Mark vierteljährlich. Postzusatz 15 Mark jährlich, 7,50 Mark halbjährlich, 3,75 Mark vierteljährlich. Einzelhefte 1,50 Mark.

№. 48

Sonnabend, den 29. Januar

1921

Neue Vorschläge auf der Pariser Konferenz

Ausschussberatungen

150 Milliarden Goldmark in 42 Jahren.

Paris, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem in der Donnerstag-Sitzung der Pariser Konferenz keine Einigung in der Reparationsfrage zustande gekommen war, wurde ein von Jasspar gestellter Kompromißantrag angenommen, die Frage einem Ausschuss zu überweisen, der der Konferenz neue Vorschläge unterbreiten soll. Dieser Ausschuss setzt sich folgendermaßen zusammen: Lord Balfour und Washington Evans für England; Louchet und Doumer für Frankreich; Jasspar und Theunis für Belgien; Ameglio und Gannini für Italien und Kongomori für Japan.

Ueber die heutige Vormittags-Sitzung dieses Ausschusses, die um 11 Uhr eröffnet wurde und 2 1/2 Stunden dauerte, berichtet Jasspar: Von den französischen und belgischen Delegierten wurden verschiedene Vorschläge unterbreitet. Nach einer langen Erörterung schied man endlich als Verhandlungsbasis das folgende Zahlungssystem fest:

Deutschland soll 42 Jahre Zahlungen leisten, die in den ersten fünf Jahren je 3 Milliarden Goldmark, in den darauffolgenden fünf Jahren je 6 Milliarden und in den 32 kommenden Jahren je 7 Milliarden Goldmark betragen. Das sind die Grundzüge des Abkommens von Boulogne. Außerdem soll von Deutschland die Zahlung von Annuitäten verlangt werden, die sich nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit berechnen, indem ihm eine Steuer auf seine Ausfuhr in Höhe von 10 bis 15 Proz. auferlegt wird. Diese Steuer soll von der Reparationskommission erhoben werden. Dieser Vorschlag geht von dem belgischen Delegierten der Reparationskommission Delacroix aus. Um Deutschland zu einer rascheren Regelung seiner Schuld zu veranlassen, soll ihm für die Vorauszahlungen bis zu 8 Proz. Diskont bewilligt werden. Der Ausschuss hat beschlossen, daß das angebotene System 100 bis 150 Milliarden Goldmark erzielen würde an Stelle der 65 Milliarden Goldmark, die das Abkommen von Boulogne vorsieht.

Die englischen Delegierten sollen, so Lord Balfour, den Plan als einen Fortschritt bezeichnen, den Entwurf mit Zustimmung angenommen haben. Sie bestritten sich jedoch ihren Einfluß vor, bis sie Lloyd George Bericht erstatten können, weil das vorgeschlagene System einen Zufuß zum Abkommen von Boulogne darstellt. Der Ausschuss hat sich abends bis 1/4 Uhr nachmittags vertagt. Die Nachmittags-Sitzung ist nicht öffentlich eröffnet worden. Ministerpräsident Briand hatte vorher eine Unterredung mit Lloyd George und Lord Curzon. Erst nach 4 Uhr ist Briand am Quai d'Orsay angekommen und mit ihm die englischen Delegierten. Die Sitzung hat abends begonnen.

Eine Nachsicht

Paris, 28. Januar. Die Jasspar-Agentur berichtet nichtamtlich, daß die Sitzung des Ausschusses für die Reparationsfrage, die nach 4 Uhr begonnen hatte, um 1/4 Uhr unterbrochen wurde, um den belgischen Delegierten und den englischen Sachverständigen Gelegenheit zu geben, sich mit Lloyd George zu besprechen. Um 6.55 Uhr sind die Delegierten und Sachverständigen im Quai d'Orsay eingetroffen, und es hat den Anschein, daß sie den Kompromißvorschlag mitgeteilt haben, der nunmehr Briand zur Annahme unterbreitet werden soll. Der diplomatische Mitarbeiter der Jasspar-Agentur glaubt, daß eine Verständigung vielleicht noch heute erzielt werden kann. Am 3. Uhr abends war die Sitzung des Ausschusses noch nicht beendet. Es wird jedenfalls eine Nachsicht stattfinden, um den endgültigen Plan festzusetzen, der morgen vormittags der Vollziehung der Konferenz unterbreitet werden soll.

Es hat den Anschein, daß ein Einverständnis auf folgender Grundlage erzielt werden könnte: 42 Annuitäten gemäß dem Abkommen von Boulogne, sowie eine Wertsteuer von deutschen Export. Die Erörterung drehte sich im Augenblick um die Höhe der Jahresleistungen und der Steuer. Es scheint, daß man einen höheren Steuersatz als den vorgeschlagenen von 10 bis 15 Proz. annehmen will.

Denizelos in Paris

Paris, 28. Januar. Dem „Temps“ zufolge ist Denizelos gestern in Paris eingetroffen. Er hat die Reise auf Ersuchen von Lloyd George unternommen. Er konferierte gleich nach seiner Ankunft mit Mitgliedern der englischen Delegation.

Paris, 28. Januar. Der polnische Staatsrat Pilsudski wird am 2. Februar in Paris eintreffen.

Die Auseinandersetzung zwischen Lloyd George und Briand

Paris, 28. Januar. Ueber die gestrige Konferenz-Debatte über die Reparationsfrage berichtet der „Matin“, Lloyd George habe seinen Standpunkt dahin gekennzeichnet, die Meinungsverschiedenheiten, die vorhanden seien, betreffen weniger die Sache als die Methode, die man anwenden solle. Die Methode Doumer nannte Lloyd George ein unerfüllbares Ideal. Man könne den Export Deutschlands nicht unbegrenzt erhöhen und den deutschen Import herabsetzen. Für viele Rohmaterialien sei Deutschland vom Ausland abhängig. Man könne auch ferner die deutschen Eisenbahnen nicht mit einer besonderen Steuer belegen, weil die dadurch erzielte Summe bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands Papier ohne großen Wert ergeben würde. Man müsse vor allem Deutschland in den Stand setzen, zu bezahlen. In erster Linie müsse sein Finanzsystem in Ordnung gebracht werden. Seine Meinung gehe dahin, zuerst die deutsche Schuld festzusetzen und dann die Mittel, die man zur Hebung der deutschen Finanzen anwenden wolle. Ueber die Anwendung dieser Methode müsse man in einer gemeinsamen Konferenz mit den Deutschen verhandeln.

Nach dem „Echo de Paris“ erklärte Lloyd George, wenn die französische Seite sich nicht ändere, müsse er abwandern, seine Zeit in Paris verloren zu haben.

Briand erwiderte, die Öffentlichkeit in Frankreich könne die Herabsetzung der Schuld erst anerkennen in dem Augenblick, in dem der Beweis für die Zahlungsfähigkeit Deutschlands erbracht sei. Die Reparationskommission müsse die gesamte Schuldsumme festsetzen. Nach der letzten Zahlungsfähigkeit Deutschlands könne man die deutsche Schuld nicht bemessen.

Die Lösung gefunden?

Paris, 28. Januar. Nach einem nicht offiziellen Bericht der Jasspar-Agentur sollen die beiden belgischen Delegierten vor der Sitzung eine Unterredung mit dem englischen Delegierten gehabt haben, und man will wissen, daß Jasspar gesagt habe: „Ich glaube, wir haben gute Arbeit geleistet. In Konferenzkreisen glaubt man, daß im Laufe der heutigen Konferenzberatung eine Lösung in dem angebotenen Sinne erzielt werden wird.“

Paris, 28. Januar. (Eig. Drahtbericht.) „Jasspar“ meldet, falls bis Ende dieser Woche ein Ergebnis der Pariser Beratungen nicht erzielt sei, würde die Sachverständigenkommission in Brüssel ihre Beratungen wieder aufnehmen, um auf neue nach praktischen Mitteln zu suchen, aber die sich dann die Konferenz in London schlichtung werden könnte. Ueber die Kosten des Widerstandes Nordfrankreichs wird Louchet eine besondere Denkschrift ausarbeiten.

Die Pariser Zusammenkunft der Entente-Staatsmänner ist mit dem gestern vorgelegten Kompromißvorschlag der Lösung der Reparationsfrage einen kleinen Schritt näher gekommen, wenn auch noch immer der Eindruck nicht verwischt ist, als ginge sie einem unruhigen Ende entgegen. Als sie begann, schien sie nicht über vorbereitet zu sein und Erfolg zu versprechen. Einige Tage vorher hatten der französische Vorkämpfer und der englische Geschäftsträger in Berlin den Reichsminister des Inneren Dr. Simons besucht und ihm zugeredet, in Verhandlungen über ein fünfjähriges Provisorium einzutreten und die Festsetzung der Gesamtsumme, die Deutschland auferlegt werden soll, zu vertagen. Obwohl Deutschland nach dem Versailler Vertrag einen Rechtsanspruch darauf hat, daß die Gesamtsumme bis zum 1. Mai dieses Jahres festgestellt werde, erklärte der Reichsminister seine Bereitwilligkeit, auf die vorläufige Festsetzung von fünf Jahresraten einzugehen unter der Bedingung, daß die Alliierten uns die bekannten fünf Zugeständnisse machen, die Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhöhen würden. Es muß betont werden, daß dieser Vorschlag von Frankreich ausging und daß England lieber gelassen hätte, wenn die Gesamtsumme, dem Vertrag gemäß, schon jetzt festgestellt würde, und erst dem Drängen Frankreichs nachgab.

Unmittelbar nach dem Zusammentritt der Pariser Konferenz aber änderte sich das Bild, und zwar durch Frankreichs Schuld. Der neue französische Finanzminister Doumer, ein Mann, der mangelnde staatsmännische Begabung durch ein Uebermaß an Popularitätshochschrei zu ersetzen sucht, ließ kurzerhand den Vorschlag des Provisoriums fallen und trat mit der anfangigen Forderung hervor, Deutschland solle 212 Milliarden Goldmark zahlen, was auf 42 Jahre verteilt und mit einer Verzinsung von 3 Prozent eine jährliche Leistung von 12 Milliarden Goldmark ausmachen würde. Es ist kein Zweifel, daß Doumer damit den Zweck verfolgte, in den Augen seiner Landsleute als der starke und mutige Mann zu erscheinen, der ihnen den ersten Goldstrom über den Rhein herbeileitete. Aber nicht einmal diesen Zweck hat er erreicht. Wie sich aus dem Widerhall seines Vorschlags in der Pariser Presse ersehen läßt, hat er die Urteilskraft seiner Volksgenossen doch arg unterschätzt. Man nimmt ihn selbst in Frankreich nicht recht ernst und klagt vielmehr über die Unbesonnenheit und Zwiespältigkeit der französischen Politik in der Reparationsfrage. Selbst der „Matin“ sagt, es sei wenig wahrscheinlich, daß aus den Erörterungen etwas Brauchbares herauskommen könne, denn der Abstand der französischen Abschätzung von der der Verbündeten sei sehr beträchtlich. Noch unangenehmer ist der Eindruck des Doumer'schen Vorschlags bei den englischen Staatsmännern und bei der englischen Presse. Die Frage Lloyd Georges, wie Doumer denke, etwas dergleichen durchsetzen zu können, sagt genug, und die „Daily Mail“ scheint die Auffassung in England richtig wiederzugeben, wenn sie sagt, die Konferenz habe Schmach und eine Abneigung bewiesen, den Tatsachen ins Auge zu sehen. Statt Zuversicht habe sie nur Zweifel gefördert. Einigkeit habe bisher nur bei der Vertagung aller wichtigen Entscheidungen geherrscht.

Ob diese pessimistische Auffassung noch gerechtfertigt ist, wird sich sehr bald zeigen müssen.

Schwere Unruhen in Indien

London, 28. Januar. Der Staatssekretär für Indien hat Informationen erhalten über einen ersten Aufstand, verbunden mit Mordanschlägen der Mächte, im Distrikt von Muzaffargarh. Er soll von Anhängern der Abstraktionsbewegung inspiriert sein. Die bedrohten Orte erlitten politischen Schreck.

Die Agrarunruhen in Fyzabad waren von größterem Umfang, als zuerst gemeldet. Der verursachte Schaden an der Ernte und an Häusern ist beträchtlich. Es hieser wurden geplündert. Bewaffnete Polizisten durchstreifen die Orte. Es herrscht kein Zweifel mehr, daß der Streik der Studenten und Professorenführer in Kalkutta von politischen Agenten angezettelt wurde. Ein Bosphorus des Herzogs von Connaught wird offen geteilt, und die Fahrer von Kraftwagen und privaten Automobilen erklären, nicht eher wieder an die Arbeit gehen zu wollen, bis das Herzog die Stadt verlassen hat. Gendarmen werden erwartet, und was der Streik die Stadt verläßt, in dem verlangt wird, in diesem Jahre keine Jute anspinnungen. Studenten sind in die Ortschaften gegangen und predigen dort den Aufstand.

Die „Daily Mail“ aus Bombay erzählt, nimmt die Aufstandsbewegung in Indien ständig zu. In Bombay wurden während eines Streikkomplexes 17 Personen verhaftet und ein Polizeibeamter getötet. Die Eingeborenen sollen einen Generalstreik vorbereiten.

* Die Eisenbahnen des Coorggebietes gegen die Frankenschöpfung. Bei der Abstimmung der Eisenbahnen im Coorggebiet über die Einführung der Frankenschöpfung bei der Lohnzahlung wurden 4515 Stimmen für die Abstimmung und 11457 dagegen abgegeben.

Die deutsche Frage in Genf

Soll Deutschland dem Völkerbund beitreten? Das ist die „deutsche Frage“ in Genf gewesen. Eine Verständigung darüber ist unter uns Deutschen erforderlich. Denn wie leider so vieles andere, so wird auch diese wichtige Angelegenheit im Parteikampfe getrübt, und man scheut gerade hier vor der so gewissenlosen Verdächtigung nicht zurück, daß der andere Denkende einen Mangel an „nationaler“ Gesinnung zeige. Darum sei von vornherein betont: von einem würdelosen Sichausdrängen Deutschlands kann und darf natürlich nicht die Rede sein. Etwas Derartiges ist bisher auch nicht geschehen. Im Gegenteil.

Vielmehr sind es die Vertreter anderer Staaten gewesen, die den in Genf anwesenden Deutschen unaufhörlich die Frage vorgelegt haben: Wird Deutschland noch während dieser Tagung einen Antrag auf Zulassung zum Völkerbund stellen oder nicht? Sogar die Franzosen scheinen etwas Derartiges immerhin gestattet zu haben. Nur so erklärt sich ihre seltsame Unruhe und Reizbarkeit angesichts der „deutschen Frage“. Wie Obrenzenzen berichten, ist das Verhältnis Deutschlands zum Völkerbund wie ein roter Faden durch die Genfer Verhandlungen gegangen. So oft auch von der „Universalität“ des Völkerbundes gesprochen worden, so sei damit immer in erster Linie Deutschlands Eintritt gemeint gewesen, wenn man sich auch gehütet habe, den Namen Deutschland zu nennen. Rückend soll man sich zugestanden haben, wie uns berichtet wird: die deutsche Frage werde schon deshalb nicht ausdrücklich angerührt werden, weil Viviani eine große Rede gegen Deutschland in der Lausanne-Frage und ihm nicht Gelegenheit gegeben werden solle, sie vom Stapel zu lassen. Und trotzdem ist dieses Ereignis in der Sitzung vom 15. Dezember eingetreten, als wider alles Erwarten der sonst so vorsichtige Schweizer Bundespräsident, Herr Motta, gefaßt aussprach: es sei ein Mangel des Völkerbundes, daß in ihm die Vereinigten Staaten, Rußland und Deutschland fehlten. Nach der Motta-Gebete hatte, hörte man den Ruf Vivianis: Ich bitte ums Wort. Der große Augenblick für ihn war gekommen. Um so mehr, als ihr Herr Bourgeois durch seine Äußerung das Feld überlassen hatte.

Nun ist das, was Herr Viviani gesagt hat, wohl ein rednerisches Meisterstück gewesen. Für die Zuhörer! Wenn man aber die Rede liest, so versteht man den Eindruck, den sie in Genf gemacht haben soll, ganz und gar nicht. Dieses Schicksal lebhaft vorgetragener Reden ist ja bekannt. Während man jubelt, wird man weniger durch die Rede, als durch den Redner und sein Gebärde gefesselt und empfändert erst später, daß das Besagte eigentlich nur eine matte Limonade war. Herr Viviani wiederholte, was man schon zum Ueberdruß in der französischen Presse gelesen hat: Deutschland müsse erst seinen „guten Willen“ zur Erfüllung des Friedensvertrages zeigen. Dann folgte ein Lobgesang auf Frankreich, als den Grundpfeiler des Rechtes und der Sittlichkeit. Und dabei redete sich Herr Viviani in eine Leidenschaft und einen Taumel hinein, und verlor in einer Weise den Kopf, wie man das eigentlich nur bei mittelmäßigen Schauspielern findet.

Die Erregung des Redners hatte aber ihren guten Grund. Denn er fühlte, daß sich Frankreich, genau beisehen, in einer Verteidigungsstellung befände. Das ist auch durchaus richtig. Was Frankreich jetzt in Genf tut, ist ungeheuer das gleiche, was man den Deutschen im Haag vorwarf: Frankreich ist jetzt das „retardierende Element“. Es ist kein Zweifel, daß die Mehrheit der Völkerbundstaaten vorwärts drängt und einleuchtet hat, daß es widerständig ist, große Staaten, wie die oben genannten, zum Völkerbund fernzuhalten. Namentlich Deutschland, das nun einmal in der Mitte Europas liegt, und ohne dessen Mitarbeit eine Gejundung des kranken Erdteils nicht möglich ist. Man hat daher treffend bemerkt: wenn heute einmal ein Konklave der Völkerbundstaaten veranstaltet und mit verschlossenen und hinterher zu verbrennenden Stimmzettel abgestimmt werden könnte, so würde die Aufnahme Deutschlands mit einer Riesenh Mehrheit beschlossen werden. Und zwar auch ohne einen deutschen Antrag! Es ist also tatsächlich nur eine gewisse schone Rücksicht auf Frankreich, die die anderen Staaten abhält, sich zu dem zu bekennen, was sie eigentlich für richtig halten. Und die „Rolle“, die Herr Viviani spielte, war eben die, diese Einschüchterung der anderen Staaten aufrecht zu erhalten und sich dazu, wie dies die Feinde Deutschlands schon im Weltkrieg mit Erfolg getan haben, noch einmal in den Mantel des Tugendlehres zu hüllen. Wie gesagt, hat das Herr Viviani ganz schön gemacht und man hat, wie im Theater, Beifall geklatscht. Alles sprach von dem „großen Redner“.

Aber die Sprache der Vernunft ist eben doch wirksamster und — nachhaltiger. Im Ergebnis ist kein Zweifel, daß die liberale Richtung im Völkerbunde — im Gegensatz zu der konservativen, die sich an Versailles klammert — in Genf eine bedeutende Stärkung erfahren hat. Und wenn man sich im Herbst wiederum zusammensetzt, dann wird sich die Ansicht noch mehr befestigt haben, daß es für den Völkerbund mindestens ebenso wichtig ist, Deutschland zu seinen Mitgliedern zu zählen, wie für Deutschland, im Völkerbunde zu sein. Es wäre ja auch ganz richtig, darüber hinwegzusehen, daß ein Land von der geistigen Bedeutung Deutschlands im Völkerbunde nicht nur der empfangende, sondern auch der gebende Teil sein würde.

Was folgt nun hieraus für die deutsche Politik der Zukunft? Unsere stets festgehaltene Ansicht geht dahin: es kann gar keine Rede davon sein, daß Deutschland sich diese im Völkerbunde ausdränge. Denn der jetzige Völkerbundsvertrag ist ein Teil des Friedensvertrages von Versailles, und darin steht jener berühmte Artikel 231, an den sich eigentlich jeder gute Deutsche täglich oder gar stündlich erinnern lassen sollte, wie dies einst König Terzies mit den Athenern getan haben soll. Er lautet in der deutschen Uebersetzung (die aber bekanntlich eine völkerrechtlich